

# FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Neunkirchen



## Stellungnahme zum Haushalt 2008 (Ratssitzung vom 27. Februar 2008)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, meine Damen und Herren!

Analog zum Vorjahr möchte ich zunächst die Schuldensituation der Gemeinde Neunkirchen analysieren. Gesicherte und geprüfte Zahlen haben wir zum **Stand 31.12.2006**:

**14,9 Mio. € Schulden im Kernhaushalt**

**0 Mio. € nicht abgedeckte Fehlbeträge aus Vorjahren**

**10,6 Mio. € Verbindlichkeiten der Gemeindewerke**

**1,1 Mio. € Verbindlichkeiten der Kommunalen BetriebsGmbH**

---

**26,6 Mio. € Gesamtverschuldung der Gemeinde Neunkirchen (1.904 € pro Einwohner)**

In 2006 sahen wir nach Jahren des Schuldenmachens endlich eine erfreuliche Trendwende. Durch die unerwartet gute und robuste Konjunktur in Deutschland erzielte die Gemeinde Gewerbesteuer-einnahmen in Rekordhöhe, mit denen niemand gerechnet hat und die sogar 2007 noch einmal übertrifft wurden. Dadurch konnten 2006 die nicht abgedeckten Fehlbeträge aus den Vorjahren getilgt werden und die Gemeinde vorzeitig aus der Haushaltssicherung entlassen werden. Der Dank der FDP-Fraktion gilt wieder einmal den Neunkirchener Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die wirtschaftlich klug agiert haben und der Gemeinde diese nicht für möglich gehaltenen Gewerbesteuer-einnahmen beschert haben. Für 2007 können wir eine weitere Verringerung der Gesamtverschuldung erwarten.

Das bedeutet aber nicht, dass die Handlungsspielräume großartig gestiegen wären. Der Haushalt 2008 weist trotz sprudelnder Steuereinnahmen ein Defizit von über einer Million Euro aus. In den nächsten Jahren kommen große Investitionen auf uns zu. Bei der **Feuerwehr** müssen in den nächsten 4 Jahren über 1,2 Mio. € in neue Fahrzeuge investiert werden. Wird das **interkommunale Gewerbegebiet** gemeinsam mit Burbach auf der Lipper Höhe umgesetzt, müssen einige Millionen Euro aufgewendet werden. Bei den gemeindeeigenen Immobilien aus den 70er Jahren wie bspw. den Schulgebäuden steht in den nächsten Jahren großer Sanierungsbedarf an, als erstes soll das **Gymnasium** energetisch saniert werden, der Sanierungsbedarf wird auf 1,4 Mio. € geschätzt. Beim **Familienbad** muss das Dach erneuert werden und bei der Gelegenheit soll eventuell das Bad komplett energetisch aufgerüstet werden. Diese Aufrüstung würde einige Millionen kosten und soll sich alleine durch Energieeinsparung innerhalb weniger Jahre amortisieren. Wir halten das Ganze für ein millio-nenschweres Abenteuer eines Professors aus Siegen, der zwar beeindruckend präsentieren kann, aber selbst weder bereit ist Garantien für seine Berechnungen zu übernehmen noch sich an möglichen Verlusten beteiligten möchte, falls die Realität seine berechneten Einsparungen widerlegen sollte. Das ist wenig überzeugend.

Bei der anderen Schwimmhalle der Gemeinde, der **Krambergschwimmhalle**, muss zwar langfristig auch investiert werden, aber keine Millionensummen. Und es gibt einen Förderverein, der ehrenamtlich die Betriebskosten senken möchte und unsere volle Unterstützung hat. Allen Befürwortern einer Schließung der Krambergschwimmhalle möchte ich in Erinnerung rufen, dass die eben erwähnte noch ausstehende Dachsanierung des Familienbads das zentrale Argument für den zumindest kurzfristigen Erhalt der Krambergschwimmhalle ist. Solange das Dach des Familienbads noch nicht saniert ist, muss der Schwimmunterricht der Schulen in der Krambergschwimmhalle stattfinden. Das sollten alle Kritiker des Ratsbeschlusses vom Mai letzten Jahres einmal bedenken, anstatt den För-

# FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Neunkirchen



derverein zu demoralisieren. Bis zum Abschluss der Dachsanierung des Familienbads hätte der Förderverein also noch gar nicht tätig werden müssen, ist er aber und hat der Gemeinde bereits einen 5-stelligen Kostenbetrag eingespart. Das verdient Anerkennung statt Kritik. Vor allem sollte ein demokratisch gefasster Beschluss von allen Beteiligten akzeptiert werden. Und damit meine ich vor allem den Bürgermeister, der nach mittlerweile 9 Monaten seit Beschlussfassung endlich aktiv werden muss: Handeln Sie endlich nach dem Ratsbeschluss! Formulieren Sie unverzüglich in gemeinsamen Gesprächen mit dem Förderverein eine von beiden Seiten tragfähige Zielsetzungsvereinbarung! Die Betonung liegt hier auf Gesprächen und nicht auf dem Schreiben von knapp gefassten mit drohendem Unterton versehenen Briefen. Das ist ein indiskutabler Umgang mit Bürgern, die sich ehrenamtlich für den Erhalt von Gemeindeeigentum einsetzen.

Die unendliche Geschichte um die Entwicklung der **Ortsmitte** scheint sich 2008 fortzusetzen. Nachdem das letzte fehlende Grundstück für die Ortsmitte kurz vor Weihnachten 2006 endlich von der Gemeinde erworben wurde, kam Anfang 2007 Leben in das Thema. Bereits im Januar bekamen wir die Vorstellungen dreier Bewerber präsentiert. Einen öffentlicher Aufruf, sich zu bewerben gab es nicht. In einer 2. Runde waren es plötzlich fünf Bewerber, wie sich herausstellte hatten alle bis auf einen zufällig von dem Projekt Ortsmitte Neunkirchen erfahren. Nur einer wurde konkret von der Verwaltung angefragt. Das war genau der, der hinterher auch den Zuschlag bekommen hat. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Nachdem die Entscheidungen unter hohem Zeitdruck durch den Rat im 1. Halbjahr 2007 gepeitscht wurden, müssen wir nun feststellen, dass seitdem nicht mehr viel geschehen ist. Vielleicht liegt es daran, dass das Ende 2006 erworbene Grundstück doch nicht das letzte gewesen ist, das man gerne für die Entwicklung der Ortsmitte gehabt hätte? Ein Verkehrskonzept, wie der zu erwartende Mehrverkehr geleitet werden soll, gibt es auch nicht. Die Anbindung der Straße Bitzegarten an die Kölner Straße ist heute schon häufig überlastet. Bei der Entscheidung zur Ortsmitte hätte ich mir mehr Weitsicht und weniger Hektik seitens der Verwaltungsspitze gewünscht. Wie die Verwaltung weiter agieren möchte, darüber werden die Gremien im Unklaren gelassen. Eine strukturierte und planvolle Vorgehensweise ist zur Zeit nicht erkennbar.

Herr Bürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede schließen Sie mit dem Satz: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns zu Taten schreiten.“ Gerade bei den angesprochenen Themen Krambergschwimmhalle und Ortsmitte frage ich mich: Ja, wo sind sie denn, die Taten? Laut Gemeindeordnung ist der Rat Teil der Verwaltung. Davon merke ich leider immer weniger. Unser Vertrauen in die Verwaltungsspitze hat 2007 arg gelitten.

Kommen wir zur größten Einzelausgabe in diesem Haushaltsjahr in der Gemeinde Neunkirchen: Das ist die **Kreisumlage**, die 2008 mit 11,6 Mio. € veranschlagt ist (1 Prozentpunkt Kreisumlage kostet uns rund 220.000 €). Durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) im Haushalt 2008 des Kreises Siegen-Wittgenstein muss der Kreis erstmals Abschreibungen verbuchen. Neben anderen NKF-bedingten Erträgen und Aufwendungen führt die **NKF-Einführung 2008** zu einer umlagewirksamen Belastung des Kreishaushalts in Höhe von rund 4 Millionen Euro, das hat der Kreiskämmerer im Nachhinein berechnet. Hier hat die Kreisverwaltung nicht ausreichend informiert, als der Kreistag vor der Entscheidung stand, NKF schon ab dem Haushalt 2008 einzuführen. Alternativ hätte man einen NKF-Haushalt erst für 2009 aufstellen müssen. So hat der Kreistag eine weitere Senkung des Hebesatzes für die Kreisumlage um 1,3 Prozentpunkte leichtfertig verspielt. Das kostet Neunkirchen ca. 290.000 € dieses Jahr.

Der größte Ausgabeposten des Kreishaushalts ist die Umlage an den **Landschaftsverband** Westfalen-Lippe (LWL). Der verabschiedete Kreishaushalt basiert auf der Annahme eines Hebesatzes der

# FDP-Fraktion

## im Rat der Gemeinde Neunkirchen



Landschaftsumlage in Höhe von 15,1%-Punkten. Voraussichtlich wird der LWL in seiner März-Sitzung einen Hebesatz in Höhe von 14,6%-Punkten beschließen, der Finanzausschuss des LWL hat die Senkung bereits so beschlossen. Der Kreis wird also weniger Landschaftsumlage zahlen und muss den halben Prozentpunkt an seine Kommunen weiterreichen, so hat es der Landrat versprochen, so dass der Hebesatz für die Kreisumlage voraussichtlich um ebenfalls einen halben Prozentpunkt sinken wird. Das sind konkret für Neunkirchen ca. 110.000 €, die wir weniger an den Kreis zahlen müssen. Ein kleiner Hoffnungsschimmer!

Eine weitere Belastung der Kreisumlage in den nächsten Jahren wird die Sanierung des über 30 Jahre alten **Kreishauses** sein. Alternativen zu der Sanierung wurden nicht ernsthaft geprüft, wie bspw. ein Neubau des Kreishauses an einer anderen Stelle bei gleichzeitiger Verwertung des Altgebäudes. Darüber hinaus soll ohne Not der Seitenflügel des Kreishauses abgerissen werden. Das vernichtet knapp 4.000qm Bürofläche. Nur mal zum Vergleich: Das nicht kleine Neunkirchener Rathaus hat eine Nutzfläche von rund 2.500qm. Der Abriss des Seitenflügels führt dann zu seiner vollständigen Abschreibung, das dürfen die kreisangehörigen Kommunen dann noch über die Umlage bezahlen. Noch drei Sätze zu den **Elternbeiträgen** in der Finanzierung der Kindertagesstätten: Es ist richtig, dass die stufenweise Abschaffung der Elternbeiträge den Kreis Geld kosten wird, das er sich über die differenzierte Kreisumlage von den Kommunen holen müsste. Allerdings hat die FDP-Fraktion im Kreistag darauf hingewirkt, dass die zusätzlichen Ausgaben durch haushaltsinterne Einsparungen erbracht werden sollen, also zu keiner Erhöhung der differenzierten Kreisumlage führen dürfen und die Kreisumlage in 2008 und den Folgejahren auch nicht beeinflussen werden. Ich glaube nicht, dass ohne diesen politischen Druck eine Einsparung in gleicher Höhe möglich gewesen wäre.

Die deutsche Wirtschaft brummt, Deutschland war 2007 wieder einmal Exportweltmeister und Neunkirchen hatte die bislang höchsten Gewerbesteuererinnahmen. Können wir also die Hände in den Schoß legen? Hält der wirtschaftliche Höhenflug in Deutschland die nächsten Jahre unverändert an? Ich möchte im Folgenden den Blick für potenzielle Risiken etwas schärfen: Deutschland hat den Titel **Exportweltmeister** 2007 wohl zum allerletzten Mal geholt. Die Welthandelswährung US-Dollar hat sich zunehmend zu einer Weichwährung entwickelt, der Wert des US-Dollars in Euro hat sich in den vergangenen 6 Jahren fast halbiert. Werden Exporte in US-Dollar abgewickelt, bekommt der Exporteur bei gleichem Preis in Dollar immer weniger Euros dafür. Andere Volkswirtschaften wachsen deutlich stärker als Deutschland, das muss man trotz der hierzulande erfreulich positiven Konjunktur zur Kenntnis nehmen. Das sind Gründe, warum China in diesem Jahr voraussichtlich Deutschland als Exportweltmeister ablöst. Dazu ein kleiner Einschub: Woher kommen denn die meisten Aktionsangebote der Discounter und unter welchen Bedingungen werden sie produziert? Der deutsche Konsument trägt durch sein Kaufverhalten seinen kleinen homöopathischen Teil dazu bei, dass die Exporte aus China nach Deutschland kontinuierlich steigen und chinesische Arbeitsbedingungen so indirekt akzeptiert werden. Durch bewussteres Einkaufen werden wir den Titel Exportweltmeister wohl nicht wiederbekommen, aber denken Sie mal darüber nach, wenn Sie beim nächsten Einkauf einen so wahnsinnig günstigen Artikel „Made in China“ kaufen möchten.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten der größten Volkswirtschaft der Welt, der **Vereinigten Staaten**, verschlechtern sich monatlich, dort droht eine **Rezession**. Eine Abschwächung der amerikanischen Volkswirtschaft hat traditionell Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, mit einer zeitlichen Verzögerung von einigen Monaten wird es auch die deutsche Wirtschaft treffen.

Letzten Sommer platzte in den USA die riesige Immobilien-Kreditblase und einige Hypothekenbanken beantragten bereits Insolvenz. Durch den Verkauf der Kredite und deren Verbriefung in Anleihen kamen solche Papiere bei fast allen Großbanken weltweit unter, die die Risiken völlig unterschätzt

# FDP-Fraktion

## im Rat der Gemeinde Neunkirchen



haben. Es vergeht kaum ein Tag, wo nicht eine Großbank neue Hiobsbotschaften verkündet. Den letzten Höhepunkt der Verwerfungen an den Finanzmärkten markierte die Verstaatlichung der insolventen britischen Hypothekbank Northern Rock vorletzter Woche, das muss man sich mal vorstellen, als Folge der US-Kreditkrise wird eine Bank außerhalb der USA verstaatlicht! Das als Krisenmetall bezeichnete Gold steigt fast täglich auf neue absolute Rekordstände. Ein Ende der Bankenkrise ist nicht abzusehen. Abzusehen ist aber eine restriktivere Kreditvergabe der Banken, auch an Unternehmen, die bilanziell gut dastehen. Sicherheit dürfte bei den Banken für die nächsten Jahre wieder groß geschrieben werden, denn gebrannte Kinder scheuen bekanntlich das Feuer.

Die internationale **Bankenkrise** macht auch vor der deutschen Bankenlandschaft nicht halt. Hierbei fällt allerdings auf, dass öffentliche Banken deutlich stärker von der US-Immobilienkrise betroffen sind als Privatbanken. Eine Bank wie die IKB, die bis vor wenigen Monaten so gut wie niemand kannte, steht plötzlich im Scheinwerferlicht, weil sie bislang 8 Milliarden Euro versenkt hat. Eine Bank, deren Kernaufgabe die Finanzierung der gehobenen deutschen mittelständischen Wirtschaft ist, **spekuliert mit Krediten von finanzschwachen amerikanischen Häuslebauern**. Das gleiche gilt für die WestLB und fast alle anderen Landesbanken. Die Vorstände der öffentlichen Institute agierten in Geschäftsfeldern, die überhaupt nicht zu ihrem Auftrag gehören, und die Aufsichtsräte haben jedes Mal die wilden Spekulationen genehmigt. Versagt haben hier Vorstände und Aufsichtsräte. Und wer bezahlt jetzt die Ausfälle? Die Vorstände oder die Aufsichtsräte, die den Mist gemacht haben? Nein, der deutsche Steuerzahler. **Und auch die Gemeinde Neunkirchen zahlt**. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hält direkt und indirekt rund 6% der Anteile an der WestLB. Die Schieflage der WestLB erfordert Kapitalleistungen ihrer Eigentümer. Der LWL hat beschlossen, die WestLB mit 120 Mio. € zu rekapitalisieren. Dieses Geld holt sich der LWL über seine Umlage von den angeschlossenen Kreisen, so auch dem Kreis Siegen-Wittgenstein, und der wiederum von den angehörigen Kommunen. Wenn nicht dieses Jahr, dann im nächsten. Auch die Sparkasse Burbach-Neunkirchen trägt über den Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverband die Verluste der WestLB mit, was zu einem niedrigeren Gewinn, niedrigerer Gewerbesteuer und rückläufigem Sponsoring führt. Da stellen sich letztendlich einige Fragen: Sollten Politiker in Bankenaufsichtsräten überhaupt sitzen? Oder gibt es kompetentere Persönlichkeiten? Und sollte die öffentliche Hand überhaupt Banken besitzen?

Herr Berg, hin und wieder erwähnen Sie **Swap-Geschäfte**, die Sie eingegangen sind und die bislang für die Gemeinde positiv verlaufen sind. Ich hoffe, Sie persönlich verstehen diese Geschäfte vollständig und verlassen sich nicht auf angebliche Berater. Ein ähnliches Schicksal wie das der stark verschuldeten **Stadt Hagen**, die gerade 60 Millionen Euro Verlust aus Zins-Optimierungsgeschäften befürchtet, darf uns nicht widerfahren. Die Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden der Stadt Hagen wurde im Rahmen des allgemeinen Sparzwangs leider zu früh gekündigt. Bei der Gelegenheit möchte ich Sie bitten, Herr Berg, im nächsten Haupt- und Finanzausschuss einmal darzustellen, welche über Kreditaufnahme und Geldanlage hinausgehenden Finanzgeschäfte Sie in welcher Größenordnung mit welchen Risiken eingegangen sind und welche Vorteile das letztendlich für die Gemeindefinanzen hat. Außerdem wäre interessant zu wissen, ob bei uns eine Haftpflichtversicherung für Vermögensschäden existiert und wenn ja, mit welcher Deckungssumme. Unser Antrag dazu liegt Ihnen seit heute vor.

Betrachten wir nun die konkreten Probleme rund um die **Gewerbsteuer**: Das Land NRW zahlt noch heute für die deutsche Wiedervereinigung und beteiligt seine Kommunen über eine erhöhte Gewerbesteuerumlage daran. Jedoch hat das Landesverfassungsgericht NRW mit Urteil vom 11.12.2007 festgestellt, dass die Städte und Gemeinden in NRW in den Jahren 2006 und 2007 einen zu hohen

# FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Neunkirchen



kommunalen Solidarbeitrag geleistet haben. **Die Gemeinde Neunkirchen hat in den beiden Jahren voraussichtlich 2,1 Millionen Euro an das Land NRW zuviel bezahlt.** Aber anstatt die jeweiligen Überzahlungen den Städten und Gemeinden vollständig zurückzuerstatten, sammelt das Land die Überzahlungen in einem Topf und verteilt das Geld über das Schlüsselzuweisungssystem an alle Kommunen des Landes um. Die Schlüsselzuweisungen werden unter anderen nach Einwohnerzahl, Fläche und Finanzkraft ermittelt. Neunkirchen ist nach Einwohnern die zweitkleinste und nach Fläche die kleinste Gemeinde im Kreisgebiet, hat aber eine hohe Finanzkraft. Alle 3 genannten Faktoren wirken sich so negativ auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus, dass wir überhaupt keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Nur über die Investitionspauschale sollen 75.000 Euro von den ehemals 2,1 Millionen Euro an die Gemeinde zurückfließen. Im Sinne der Leistungsgerechtigkeit ist diese Verteilungssystematik des Landes höchst ungerecht und dringend korrekturbedürftig. Daher trägt die FDP-Fraktion die Sammelklage gegen das Land mit und wird darüber hinaus auch innerparteilich versuchen, Druck auf den liberalen Teil der Landesregierung auszuüben.

Durch die **Unternehmenssteuerreform**, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten ist, sinkt die Körperschaftsteuer von Kapitalgesellschaften. Im Gegenzug ist die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe absetzbar. Die Gewerbesteuer hat somit seit 2008 einen höheren Anteil an der steuerlichen Gesamtbelastung eines Unternehmens. Das könnte ein Grund sein, die Standortfrage zu stellen. Dazu ein aktuelles Beispiel: Das DAX-Unternehmen **Deutsche Börse AG** hat am 11. Januar 2008 in einer Mitteilung veröffentlicht, dass es seine Verwaltung mit fast 2.000 Mitarbeitern im Laufe des Jahres von Frankfurt in das 10km entfernte Eschborn verlagert – **um Gewerbesteuer zu sparen.** Allerdings unterscheiden sich die Hebesätze dort noch stärker als in unserer Region, in diesem Beispiel beträgt die Differenz ganze 180 Prozentpunkte (Der Gewerbesteuerhebesatz beträgt in Frankfurt 460% und in Eschborn 280%).

Ziel einer seriösen Steuerpolitik in Neunkirchen muss es also sein, die Unterschiede zu den Hebesätzen der Nachbargemeinden so gering wie möglich zu halten, damit eine Abwanderung aus unserer Gemeinde unattraktiv bleibt. **Die Gemeinde Neunkirchen konkurriert bei den Gewerbesteuerhebesätzen mit den angrenzenden Kommunen in Rheinland-Pfalz und Hessen**, wie beispielsweise Betzdorf mit 355% und Haiger mit 300%. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Senkung der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer B um jeweils 8 Prozentpunkte tragen wir mit. Gerade die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 395% und damit unter die psychologische Marke von 400% erachten wir als wichtiges Signal an die Neunkirchener Unternehmen, **um Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen zu fördern.** Wir nehmen die aufziehenden dunklen Wolken am Himmel der Weltkonjunktur ernst und handeln vorausschauend! Auch wenn die Gemeinde nur rund 30% der Gewerbesteuereinnahmen behalten darf (der Rest geht an Kreis, Land und Bund), zeigt die Gemeinde damit Bürgern und Unternehmen, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Neunkirchener Gesellschaft etwas zurückgeben kann. Das können wir nur begrüßen! Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt mit der Senkung der Steuerhebesätze zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hans Peter Kunz

Vorsitzender der FDP-Fraktion